

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 7

Artikel: Inflation-Deflation-Devaluation
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332102>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

14. JAHRGANG -- MÄRZ 1935 -- HEFT 7

Inflation — Deflation — Devaluation

Von Max Weber.

Der Titel nennt drei wissenschaftliche Begriffe, aber auch drei Schlagworte, die schon sehr viel Unheil angerichtet haben; denn in der wirtschaftspolitischen Diskussion wird mit diesen Worten nach Belieben umgesprungen, wobei jeder wieder etwas anderes damit meint — viele verstehen auch gar nichts darunter. Was soll man zum Beispiel dazu sagen, wenn ein Parteiblatt schreibt, England habe in den letzten Jahren Inflation gemacht? Ich will im folgenden versuchen, die drei Begriffe so gut als möglich zu erklären, wobei die wissenschaftliche Erklärung wie auch der Sprachgebrauch zu berücksichtigen sind. Ferner möchte ich zeigen, welche Haltung die Arbeiterschaft zu diesen Problemen einzunehmen hat.

Inflation liegt dann vor, wenn mehr Geld in den Verkehr kommt, als dieser benötigt. Der häufigste Fall ist der, daß der Staat seinen Finanzbedarf statt durch Steuern oder Anleihen durch Drucken von Banknoten deckt. Diese Geldvermehrung hat zur Folge, daß sich das Geld entwertet. Auch für Geld gilt das allgemeine Gesetz, daß der Preis durch Angebot und Nachfrage beeinflußt wird; die Bewertung des Geldes jedoch drückt sich eben im Warenpreis aus. Geldentwertung bedeutet daher steigende Preise. Die Inflation begünstigt alle Sachwerte (Liegenschaften usw.), entwertet aber die Anlagen in Geldwerten (Sparhefte, Obligationen). Der Reallohn der Arbeiter sinkt, da die Lohnerhöhungen mit den Preiserhöhungen in keiner Weise Schritt halten. Die Inflation führt zu schweren Störungen des Wirtschaftslebens. *Beispiele:* In den Jahren 1914/18 haben die meisten Staaten in kleinerem oder größerem Umfange die Kriegführung durch Geldausgabe finanziert und damit eine Inflation verursacht. In einzelnen Ländern (zum Beispiel Deutschland) ging das so weit, daß das Geld völlig wertlos wurde und überhaupt aus dem Verkehr verschwand, so daß wieder ein Tauschverkehr notwendig wurde.

Deflation ist nach dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch eine künstliche (nicht durch den Verkehr bedingte) Verringerung des Geldumlaufes durch Kreditverteuerung oder Kreditbeschränkung. Deflation verursacht Preissenkung und Krise oder Krisenverschärfung. Der

Sprachgebrauch hat jedoch den Ausdruck Deflation in den letzten Jahren auch übertragen auf die sogenannte *Abbaupolitik*, das heißt eine Wirtschaftspolitik, die durch Preis- und Lohnsenkung die Krise zu überwinden sucht, ohne das durch Kreditverteuerung oder -beschränkung zu bewirken. In der Schweiz hat bekanntlich Herr Musy seinerzeit das Wort Deflation für die von ihm und dem Unternehmertum verfolgte Abbaupolitik eingeführt.

Da die *Folgen* der Abbaupolitik dieselben sind wie die der eigentlichen Kreditdeflation, so kann man tatsächlich den Ausdruck für beide Formen des Preisdruckes anwenden. Deflation verringert die Sachwerte, wertet dagegen alles auf, was in Geld gemessen wird, und zwar die Aktiven (Kapitalbesitz) wie die Passiven (Schulden). Die Lohnerwerbenden werden zwar anscheinend begünstigt durch die Preissenkung, auf die aber sehr bald ein Lohnabbau folgt und außerdem eine Krisenverschärfung, so daß letzten Endes das Lohneinkommen stärker sinkt als das Preisniveau. Deshalb ist der Satz, den die bernische Bauern- und Bürgerpartei geprägt hat, völlig richtig: die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. *Beispiele*: Deflation im Sinne der Kreditbeschränkung ist in den letzten Jahren in Deutschland und Italien betrieben worden. Deflation im Sinne der Abbaupolitik durch Lohn- und Preissenkung ist namentlich in Belgien befolgt worden, in etwas milderer Form aber auch in Frankreich und der Schweiz.

Inflation wie Deflation bedeuten Veränderungen des Geldwertes im Verhältnis zu den Waren, die Störungen im Wirtschaftsleben hervorrufen. Etwas ganz anderes ist die *Devaluation* oder Währungsabwertung. Sie verändert in erster Linie den sogenannten Wechselkurs, das heißt den Wert des nationalen Geldes im Verhältnis zum ausländischen Geld und zum Gold. Durch die Abwertung wird ein anderes Tauschverhältnis der eigenen zu den fremden Währungen hergestellt. Das hat mit Inflation rein gar nichts zu tun; denn die im Umlauf befindliche Geldmenge wird durch die Währungsabwertung ja gar nicht geändert.

Die *Folgen* der Devaluation können sehr verschieden sein, je nach dem Ausmaß der Abwertung und den Zeitumständen, unter denen sie geschieht. Im Inland würde sich nichts verändern, wenn nicht dadurch, daß man die ausländischen Waren teurer bezahlen muß, auch das einheimische Preisniveau beeinflußt würde. Wenn dies in starkem Maße geschieht, so zeigen sich, allerdings in viel beschränkterem Ausmaß, ähnliche Erscheinungen wie bei der Inflation, also Erhöhung der Sachwerte und Herabsetzung der Geldwerte. Der entscheidende Unterschied liegt jedoch darin, daß sich diese Veränderung nur in dem Rahmen vollziehen kann, der der Abwertung entspricht, während es bei der Inflation gewöhnlich kein Halten mehr gibt.

Beispiele: In den letzten Jahren haben fast alle Länder ihre Währung abgewertet. In England geschah dies 1931, teils weil große Kreise von einer Abwertung eine raschere Ueberwindung der Krise erwarteten, teilweise aber auch aus währungspolitischer Notwendigkeit (England

hatte bedeutende französische Kapitalien kurzfristig entgegengenommen, jedoch langfristig an Deutschland weitergeliehen; es konnte daher den französischen Forderungen nach sofortiger Rückzahlung nicht mehr entsprechen). Die skandinavischen Staaten schlossen sich England an, da sie mit ihm in engen Wirtschaftsbeziehungen stehen. In den Vereinigten Staaten wurde der frühere Goldkurs des Dollars fahren gelassen, da die Lage der Farmer infolge des Preissturzes und der Schuldenuaufwertung unhaltbar geworden war und Roosevelt mit allen Mitteln eine Preissteigerung erwirken wollte.

Was hat nun die *Arbeiterschaft* für eine Stellung einzunehmen zu den drei Problemen Inflation — Deflation — Devaluation?

Ziemlich abgeklärt dürften die beiden ersten Fragen sein. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund erklärt in seinem Arbeitsprogramm:

Der Geldumlauf ist durch die Nationalbank den allgemeinen Bedürfnissen der Volkswirtschaft anzupassen. Es darf keine Störung der Wirtschaft von der Geldseite her erfolgen; *Inflation sowie Deflation sind daher abzulehnen.*

Das heißt nichts anderes, als daß die Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete des Geldwesens eine planmäßige Regelung bezweckt. Jede Anarchie im Geldwesen führt zu Erschütterungen, genau wie die Planlosigkeit in der Produktion, nur können die Folgen noch verhängnisvoller sein. In bezug auf die Ablehnung von Inflation und Deflation dürfte wohl allgemein Uebereinstimmung bestehen in Kreisen der Gewerkschaften wie auch der Sozialdemokratischen Partei. Diese Uebereinstimmung wird sich auch erstrecken auf die konsequente Ablehnung der Abbaupolitik, also jener Deflation, die nicht von der Notenbank ausgeht.

Weniger einfach ist das Problem der *Devaluation*. Es stellt sich natürlich nur in Zeiten der Krise, und wenn durch Währungsveränderungen im Ausland ein anormaler Stand der eigenen Währung verursacht wird.

Als allgemeines Mittel zur Krisenbekämpfung kommt die Abwertung nicht in Frage. Wenn alle Länder abwerten, hat das keinen Einfluß mehr auf das internationale Preisniveau. Etwas anderes ist es, wenn ein einzelnes Land zur Abwertung greift. Damit kann es auf seinem Gebiet die Preissenkung aufhalten oder gar, wie Amerika, eine Preissteigerung hervorrufen. Wieder anders stellt sich das Problem, wenn die meisten Länder ihre Währung abgewertet haben, einzelne dagegen auf einem isolierten, hohen Goldkurs und entsprechendem Preisniveau geblieben sind. In dieser Lage befindet sich heute die Schweiz mit den übrigen Ländern des Goldblocks. Wir stehen vor der Tatsache, daß mehr als 90 Prozent der Weltwirtschaft heute abgewertetes Geld besitzen, und die Frage stellt sich nun, ob die restlichen Staaten ebenfalls abwerten, ob sie auf einem andern Weg die sogenannte »Anpassung« zu erreichen suchen sollen oder ob diese Anpassung überhaupt nicht notwendig ist.

Das einfachste Mittel, um die Angleichung an die ausländische Preisebene zu erzielen, wäre die Abwertung auch in diesen Ländern.

Nur sind damit gewisse Nachteile verbunden, die bereits angedeutet wurden. Der größte Nachteil besteht in der *Ungewißheit*, wie sich die Abwertung, namentlich in der Schweiz mit ihren engen weltwirtschaftlichen Beziehungen, auswirken wird. Diese Ungewißheit ist um so größer, als die wichtigste Unbekannte in der Rechnung die *Spekulation* ist.

Es ist möglich, daß die Differenzen zwischen den heute ganz verschiedenen nationalen Preisebenen wieder verschwinden beziehungsweise sich ungefähr auf jene Unterschiede reduzieren, die vor der Krise schon bestanden. Das ist sogar wahrscheinlich in dem Fall, daß die Weltwirtschaft wieder voll in Gang kommt. Denn in der Krise kann der billigste Lieferant den Preis bestimmen (das gilt freilich nur sehr relativ, da gerade in der Krise andere Faktoren neben dem Preis entscheidend in die Waagschale fallen). Wenn aber die Produzenten aller Länder benötigt werden zur Deckung des Weltbedarfs, so wird auch jener mit dem teuersten Preis noch auf seine Rechnung kommen. Auch nach der letzten Wirtschaftskrise nahm die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf. Damals führte die Inflation in zahlreichen Ländern auch zur Senkung des Wechselkurses, und dieser wurde nachher stabilisiert auf einem viel niedrigeren Niveau. Daraus entstanden vorübergehend große Preisdifferenzen. (Man erinnert sich noch an die deutsche Schleuderausfuhr nach der Schweiz und auch an die Unterbietungen durch Frankreich.) Allein nach wenigen Jahren haben sich die Unterschiede weitgehend ausgeglichen, und zwar durch Hebung des ausländischen Preisniveaus. Das kann auch nach dieser Krise eintreten, obwohl freilich der »Abwertungskomplex« viel größer ist.

Aber auch wenn, beziehungsweise solange dieser Fall nicht eintritt, ist eine Abwertung der Länder mit hohem Wechselkurs keine absolute Notwendigkeit, um die Unterschiede der Preisebenen auszugleichen. Es gibt andere Wege, um dieses Ziel zu erreichen, vor allem eine *straffe Organisation des Außenhandels* (womöglich Außenhandelsmonopol). Dadurch könnte ein Ausgleich erzielt werden zwischen den billigen Importgütern und dem Export. Das wird auch in einer Reihe von ausländischen Staaten bewerkstelligt, wobei ganz verschiedene Methoden zur Anwendung kommen.

Unsere Landesregierung und die hinter ihr stehende Regierung, die in der Wirtschaft diktiert, wollen aber weder Abwertung noch Ausgleich auf handelspolitischem Weg, noch glauben sie, auf die Angleichung vom Ausland her warten zu können, sondern sie erstreben die *Anpassung auf dem Wege der Preis- und Lohnsenkung*, also der Deflation. Das ist aber ein Weg, den wir für *völlig ungangbar* bezeichnen müssen. Er ist *wirtschaftlich* nicht tragbar, weil er zu einer Krisenverschärfung führen müßte, von der wir uns keine Vorstellung machen, und weil er die heute schon überschuldeten Betriebe in Landwirtschaft und Gewerbe vollends dem Ruin ausliefern würde. Er ist *psychologisch* nicht tragbar, weil der Jahre andauernde Preisdruck das ganze Wirtschaftsleben lähmt und die Nerven des Volkes zermürbt. Und er ist deshalb auch *politisch* nicht tragbar für unsern Staat, weil sich die

Verzweiflung des Volkes schließlich gegen die Demokratie richten würde, die nicht mehr imstande ist, ihren Bürgern eine ausreichende Existenz zu sichern.

Das war der Grund, weshalb die schweizerische Arbeiterschaft in Verbindung mit Bauern und Angestellten die *Kriseninitiative* vor das Volk gebracht hat. Die Kriseninitiative will sowohl die Deflation wie die Abwertung vermeiden. Durch organisierte Krisenbekämpfung wird sie die Inlandwirtschaft intakt halten und dem Export durch weitgehende staatliche Förderung über die Depressionszeit hinweghelfen. Die Kriseninitiative ist meines Erachtens der einzige Weg, um mit der Abbaupolitik Schluß zu machen, ohne den Schweizerfranken abzuwerten. In bezug auf diesen Weg sind zweifellos alle Kreise der Arbeiterbewegung einig, während die Stellung zur Frage der Abwertung im übrigen umstritten sein dürfte. Für den Fall jedoch, daß die Politik der Kriseninitiative durch das Großkapital verunmöglicht würde, müßte sich das Problem der Devaluation erneut stellen; denn die schweizerische Arbeiterschaft könnte unter keinen Umständen eine Weiterführung der Lohn- und Preissenkungspolitik dulden. Doch wenn es gelingt, alle abbaugegnerischen Kräfte zu mobilisieren — und das muß möglich sein —, so wird die Kriseninitiative angenommen und verwirklicht werden.

»Zunächst einmal 20 Prozent«

Bemerkungen zum Abbauprogramm des Handels- und Industrievereins.

Von V. G a w r o n s k y.

Wir leiden zur Zeit an einer Inflation — allerdings nicht an einer Banknoteninflation, sondern an einer Inflation von *Deflationsprogrammen*. Innert weniger als einem Vierteljahr haben wir *drei* bedeutsame Kundgebungen für den Abbau der Preise und Löhne erlebt, von den minder wichtigen und denen mehr lokalen Charakters ganz zu schweigen: die *Aarauer Rede* von Bundesrat Schultheß, die Eingabe des *Gewerbeverbandes* an die oberste Landesbehörde und die Eingabe des *Handels- und Industrievereins*, betitelt: »Anschluß an die Weltwirtschaft!«

Bevor wir uns dem eigentlichen Thema unserer Ausführungen zuwenden, der Betrachtung des zuletzt genannten Abbauprogrammes, sei darauf hingewiesen, daß — von den mutmaßlichen Wirkungen des Abbaus selbst ganz abgesehen — bereits durch die *dauernde Wiederholung von Abbauforderungen* ein wirtschaftlicher Effekt erzielt wird, der niemanden, auch nicht den Abbaufreunden, erwünscht sein kann. Die Abbaufreunde wollen durch ihre Propaganda möglichst breite Volkskreise von der Notwendigkeit und Unumgänglichkeit einer Senkung der Preise und Löhne überzeugen. Was aber geschieht, wenn ihre Ueberredungskünste wirklich Erfolg haben? Das, was bei jeder Abbaupsychose eintritt: daß nämlich die breiten Massen sich bei Ein-